

Hintergrund

Artikel aus den
 Stuttgarter Nachrichten
 vom 09.04.2003

[«« zurück]

Teufel sagt Nein, Müller ist offen

Grüne bangen um Flug-Steuer

Stuttgart - Im Streit um die Steuerpläne der Bundesregierung will Baden-Württemberg nur einer Korrektur der Körperschaftsteuer zustimmen. Die Grünen im Land fürchten nun, dass "die längst überfällige Besteuerung des Flugverkehrs dem parteipolitischen Hickhack" zum Opfer fällt.

VON FRANK SCHWAIBOLD

Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) erklärte am Dienstag, andere Steuererhöhungen außer der Körperschaftsteuer würden strikt abgelehnt. Dies habe die Union vor der Bundestagswahl zugesagt. Teufel: "Höhere Steuern wären Gift für Investitionen und für Arbeitsplätze." Auf diese Linie habe sich das CDU-FDP-Landeskabinett für den Vermittlungsausschuss und für den Bundesrat festgelegt. Teufel ist überzeugt, dass es dafür eine Mehrheit gibt.

Die Landtagsfraktion der baden-württembergischen Grünen will allerdings mit einem Antrag noch eine Kurskorrektur erreichen. Die Landesregierung soll demnach im Bundesrat dafür sorgen, dass die Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr gekippt wird. Hoffnung macht den Grünen eine Aussage von Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller (CDU). Dieser hatte in der jüngsten Landtagssitzung erklärt: "Damit kann ich leben." Allerdings koppelte Müller sein Ja zur Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung an die Bedingung, dass diese mindestens europaweit eingeführt werden müsse. Sonst bestehe die Gefahr, dass den deutschen Fluggesellschaften einseitiger Schaden entstehe.

Der grüne Boris Palmer argumentiert, dass der Flugverkehr zu den "ökologisch problematischsten Fortbewegungsarten" zählt. Trotzdem sei er bis heute gegenüber der Bahn privilegiert. Denn er ist auch auf Grund internationaler Abkommen von der Mineralölbesteuerung befreit. Diese "ökologische Fehlsteuerung" wollen die Grünen abbauen. In dem vom Bund vorgelegten Entwurf des Steuervergünstigungsabbaugesetzes ist die Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung vorgesehen. Dies würde zu Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer von 500 Millionen Euro pro Jahr führen. Sollte dies scheitern, "wird die Steuerfreiheit des Flugverkehrs auf Jahre hinaus zementiert", fürchtet Palmer. Damit aber fiel auch die geplante Halbierung der Mehrwertsteuer für den Schienenverkehr. Denn die hier entstehenden Ausfälle sollten über die Umsatzsteuer gegenfinanziert werden.

09.04.2003 - aktualisiert: 09.04.2003, 05:06 Uhr

 nach oben

© 2003 Stuttgarter Nachrichten online, Stuttgart Internet Regional GmbH

URL dieser Druckversion:

http://www.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/detail.php/401942/stn_artikel_bildlinks_druck

Original-Artikel:

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/detail.php/401942>